

Avanti O.

RSB Oberhausen



Demonstration vor XXXL Rück am 4.10.2015 in Oberhausen

Foto: AvantiO.

XXXLutz – ein Modell für Deutschland

UDO FILTHAUT

Schneller lässt sich ein Kaufhaus kaum schließen: 5. Oktober, später Nachmittag, über die Sprechanlage werden die Beschäftigten ins Restaurant bestellt. Dort erfahren sie, dass XXXLutz aus Münchens Innenstadt verschwindet. Sofort. Die gesamte Belegschaft ist entlassen.“ *ver.di Publik 7/2013.*

„Auch der Versuch des Betriebsrates, mit Hilfe der Polizei Zugang zum Betriebsratsbüro zu erhalten, scheitert. Nun müssen die Gerichte entscheiden. Die Gewerkschaften bieten dem Betriebsrat nun ‚Asyl.‘“ *ver.di Medieninformation 15.10.2013.*

„Die Gewerkschaft ver.di und die Mitarbeiter setzen in den nächsten Tagen ihre Proteste fort. Hierbei wollen die Betroffenen auch andere

Filialen und die Zentrale in Österreich besuchen. ‚Das was in München passiert, kann in der gleichen Form auch an jedem anderen Standort passieren. Besonders dramatisch wäre es, wenn dieses Modell auch in anderen deutschen Unternehmen Schule machen würde. Für unseren eher sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Standort Deutschland wäre dies ein Super-

gau. Wir wollen dieses Geschäftsmodell nicht,‘ erklärt Dirk Nagel die überregionale Bedeutung der Auseinandersetzung in München.“ *ver.di Medieninformation 04.11.2013.*

Nun also die „XXXL Möbelstadt Rück“ in Oberhausen.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur *Avanti* beschäftigen wir uns mit den Machenschaften der XXXLutz Möbelhauskette (nicht nur) in Oberhausen.

Es gibt einen ersten Bericht über die gelungene Veranstaltung mit Manos Skoufoglou am 23.9. im K14.

Zudem findet Ihr einen Artikel zum Braunkohletagebau Garzweiler und die ökologischen und sozialen Folgen, die von RWE bewusst in Kauf genommen werden.

Besonders hinweisen möchten wir alle unsere Leserinnen auch noch auf das Frauenseminar des RSB Oberhausen.

Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre.

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	ÖKOLOGIE
01 XXXLutz Ein Modell für Deutschland	03 Braunkohle / RWE Gier nach Profit
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT	AUS DEM RSB / TERMINE
02 Griechenland Veranstaltung mit Manos Skoufoglou, Athen	04 Frauen: Frauenseminar des RSB Oberhausen
	04 Termine

Fortsetzung von Seite 1:

Schon die Firma Rück war als durchtriebenes Unternehmen bereits 2005 aus der Tarifbindung ausgestiegen. Seit 2012 wurden die ausgehandelten Tarife nicht mehr bezahlt. Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen mit der Belegschaft.

Da wurde die Offerte zur Übernahme durch den vorgeblichen Konzern XXXLutz wohl auch begrüßt. XXXLutz hatte sich ja genügend Know-how im Umgang mit dem leidigen Personal erworben.

Und so währte der Frieden nach dem Verkauf Anfang 2014 nicht lange. Schon ein paar Monate später gab es

die ersten Querelen um die Villa Rück. Im weiteren Verlauf des Jahres wurde 50 KollegInnen aus der Verwaltung gekündigt.

Im Januar 2015 schwindelte der Pressesprecher der XXXL-Unternehmensgruppe Julian Viering, dass die 281 MitarbeiterInnen der Möbelstadt Rück einen sicheren Arbeitsplatz hätten, weil das Unternehmen mit dem Geschäftsverlauf sehr zufrieden sei. „Auf den guten Ergebnissen, die wir unserem motivierten Team in Oberhausen verdanken, können wir für die nächsten Jahre aufbauen.“ Tatsächlich aber begann XXXL im selben Monat damit, die Beschäftigten in fünf verschiedene rechtlich

selbstständige Gesellschaften auszugliedern. In der Folge wurde die ganze Palette von Lohndrückerei bis zu Entlassungen angewandt.

Seit Anfang August sind 68 MitarbeiterInnen des Möbelhauses freigestellt und mittlerweile gekündigt. 22 KollegInnen haben „freiwillig“ gekündigt. Der Druck des „Arbeitgebers“ war zu groß. Zusammen mit den in der Logistik Geschassten sind seit der Übernahme 140 Personen entlassen worden. Bis Mitte September wurden bereits 40 Kündigungsschutzklagen beim Arbeitsgericht eingereicht. Laut ver.di werden es aber noch wesentlich mehr werden.

Nach mehreren Mahnwachen in

der Straßburger Straße folgte nun am verkaufsoffenen Sonntag, am 4. Oktober 2015, eine Demonstration. Über 50 gekündigte MitarbeiterInnen sowie Angehörige, KollegInnen von ver.di und IGM und andere – zusammen vielleicht 150 Personen – haben laut und mit vielen Transparenten und Infotafeln auf einer Tour durchs Viertel XXXLutz umrundet.

Wie sagte Dirk Nagel von ver.di München schon im November 2013:

„Das was in München passiert, kann in der gleichen Form auch an jedem anderen Standort passieren ...“

Wohl an, lasst uns alle versuchen, dass in Oberhausen dieses XXXLutz-Modell kein Erfolgsmodell wird! ■

Griechenland: Was nun?

In Griechenland zeigen sich die Folgen der neoliberalen Krisenbewältigungsstrategie besonders drastisch. Der politische Aktivist und Gewerkschafter Manos Skoufoglou informierte bei einer Veranstaltung im K14 über die aktuelle Lage in Griechenland und diskutierte mit den BesucherInnen Alternativen zur Unterwerfung unter das Diktat der EU.

PETRA STANIUS

Direkt nach den Neuwahlen in Griechenland am 20. September dieses Jahres startete Manos Skoufoglou eine Rundreise durch Deutschland. Am 23. September referierte er bei der Veranstaltung in Oberhausen, die der hiesige Kreisverband der Partei Die Linke (PdL) und der RSB Oberhausen gemeinsam organisiert hatten.

Erfreulicherweise hatten sich zwei Genossen griechischer Herkunft auf Nachfrage der PdL bereit erklärt, die Übersetzung zu übernehmen, so dass die sprachlichen Barrieren gut überwunden werden konnten.

In seinem Vortrag schilderte Manos Skoufoglou zunächst die Bedingungen, unter denen das Gros der griechischen Bevölkerung heute leben muss und räumte mit einigen Vorurteilen auf:

Offiziell liege die Arbeitslosenquote in Griechenland bei 30 %. Tatsächlich sei sie noch höher. Bei der Jugend betrage sie sogar 55 %. Im öffentlichen Dienst habe es viele Entlassungen gegeben. Es entspräche jedoch nicht der Wahrheit, dass es einen aufgeblähten öffentlichen Dienst gegeben habe und die Verwaltung darum hätte abgebaut werden müssen. Tatsächlich habe es in Griechenland keinen Sozialstaat gegeben, und es sei in Wirklichkeit um den Abbau der Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegangen.

Dass die Renten und die Gehälter zu hoch gewesen seien, sei ebenfalls

eine Lüge. Die Renten lägen durchschnittlich bei monatlich 300 bis 400 €, die Löhne bei 500 €, wobei die Lebenshaltungskosten mit denen in der BRD durchaus vergleichbar seien. Arbeitslosengeld gäbe es in der Höhe von 200 bis 400 €, und das auch nur für sechs Monate. Tatsächlich hätten also viele GriechInnen ein monatliches Einkommen von Null Euro.

Seit dem Ausbruch der Krise hätten sich mehr als 3.000 Menschen in Griechenland das Leben genommen.

Der Referent wies darauf hin, dass das, was heute in Griechenland passiert, sich in vergleichbarer Weise

auch in absehbarer Zeit in der BRD abspielen könne, da die andauernde Krise internationalen Charakter habe.

Manos Skoufoglou schilderte, was nun voraussichtlich auf die GriechInnen zukommt, berichtete aber auch über die Vorgeschichte: den Weg Griechenlands in die EU, die Memorandenpolitik und die massiven Proteste gegen die Spardiktate. Er kritisierte deutlich die Politik von SYRIZA und schlug Alternativen vor. Es entspann sich eine kontroverse Diskussion. Hierzu folgt ein gesonderter Bericht in der nächsten Avanti O.

Am folgenden Wochenende führte

sein Reiseplan den Genossen erneut ins Ruhrgebiet, so dass wir am Samstag Abend die Gelegenheit hatten, noch einmal im kleinen Kreis mit ihm zu diskutieren. Am Sonntag morgen besichtigte er die Arbeitersiedlung Ripshorster, Werk- und Thomasstraße, die für ihn – er ist Architekt – auch beruflich von Interesse war, und er verschaffte sich durch einen Blick vom Gasometer einen Eindruck vom Strukturwandel in Oberhausen.

Dann reiste er weiter zu seinem nächsten Termin nach Krefeld. ■



Manos Skoufoglou (Mitte) bei der Veranstaltung am 23.9.2015 in Oberhausen im Soziokulturellen Zentrum K14

Foto: Avanti O.

Der Referent

Manos Skoufoglou lebt in Athen. Er ist aktiv in der Gewerkschaft angestellter Techniker Athen und Leitungsmitglied von OKDE Spartakos, der griechischen Sektion der IV. Internationale, sowie von ANTARSYA, einem Bündnis linker Organisationen und Einzelpersonen, dem auch OKDE Spartakos angehört.

ANTARSYA kandidiert bei Wahlen, setzt seinen Schwerpunkt aber auf außerparlamentarische Kämpfe und die Selbstorganisation der Lohnabhängigen.

ANTARSYA strebt die Aktions Einheit mit anderen linken Kräften an.

Profitlogik

Heute kann niemand mehr ernsthaft behaupten, die Ursachen für die rasant fortschreitende Klimaveränderung seien unbekannt. RWE aber setzt nach wie vor auf die Verstromung von Braunkohle und treibt die umstrittene Erweiterung des Tagebergbaus Garzweiler weiter voran. Kriminalisiert werden aber nicht die Manager von RWE, sondern diejenigen, die gegen die menschenfeindliche Unternehmenspolitik Widerstand leisten.

PETRA STANIUS

Seit Jahrzehnten warnen WissenschaftlerInnen vor den Folgen der massiven Freisetzung von Kohlendioxid durch die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle oder Erdöl. Knapp 200 Jahre Industriekapitalismus haben tiefe Spuren hinterlassen. Setzt sich die derzeitige Entwicklung fort, droht die Erde in absehbarer Zeit unbewohnbar zu werden. Bereits heute gibt es Gebiete, in denen Menschen nicht mehr leben können, da sie aufgrund des veränderten Klimas zu Steppen geworden sind. Durch die Erderwärmung schmelzen die Polkappen in beängstigendem Tempo, und der Meeresspiegel steigt. Starke Unwetter und Flutkatastrophen nehmen zu, und ganze Inseln drohen zu versinken. So zwingt der Klimawandel heute schon Menschen zur Flucht, da ihr Überleben in ihrem Heimatort nicht mehr gesichert ist.

Mit dem Fortschreiten des Klimawandels wachsen auch die Probleme.

Um diese fatale Entwicklung zu stoppen, müsste die Verstromung fossiler Energieträger so schnell wie technisch möglich ersetzt werden durch umweltschonende Alternativen. Es wäre ein Gebot der Vernunft. Doch Vernunft zählt im Kapitalismus wenig,

wenn die Profitlogik anderes befiehlt. Das Beispiel Braunkohle führt dies besonders drastisch vor Augen: Wälder, Felder und Wiesen werden zerstört – und nicht zuletzt ganze Ortschaften.



Demonstration in Erkelenz-Immerath am 16.8.2015

Foto: AvantiO.

Bei keinem anderen fossilen Energieträger entsteht bei der Verbrennung ein so hoher Ausstoß an Kohlendioxid wie bei der Braunkohle. Der Tagebergbau schädigt nachhaltig das Grundwasser. Die Förderung von Braunkohle hinterlässt verwüstete Landschaften.

Damit dies geschehen kann, müssen zunächst deren BewohnerInnen vertrieben werden. Für Garzweiler II, die Erweiterung des Großtagebaus Garzweiler, mussten seit dessen Genehmigung 1995 bereits Tausende ihre Dörfer verlassen. Von Beginn an leis-

ten die von der drohenden Vertreibung Betroffenen und politische AktivistInnen Widerstand gegen den Betreiber, eine Tochterfirma von RWE, heute RWE Power.

Im August 2015 hat ein Klimacamp am Rande des Tagebaus stattgefunden, an dem weit mehr als 1.000 Menschen teilnahmen, und von dem 10 Tage lang vielfältige Aktivitäten ausgingen. Eine davon war die Aktion „Ende Gelände“, bei der etwa 1.500 AktivistInnen die Kohlebagger in der Grube blockierten.

Welchen Stellenwert im herrschenden System das Recht auf Eigentum hat, zeigte einmal mehr der Polizeieinsatz gegen die BlockiererInnen. RWE Power stellte der Polizei ihre Nutzfahrzeuge zur Verfügung, damit diese effektiv gegen die AktivistInnen vorgehen konnte. Unter dem Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray wurden DemonstrantInnen eingekesselt und ihre Personalien festgestellt. Gegen 800 Menschen laufen nun Strafverfahren.

Ansonsten geht alles wie gewohnt weiter – auch der Klimawandel, mit all seinen bedrohlichen Begleiterscheinungen. ■



Bilder aus einer Geisterstadt: Immerath soll 2016 den Braunkohlebaggern weichen. Fast alle BewohnerInnen haben das Dorf bereits verlassen.

Fotos: AvantiO.

2. RSB-Frauentreffen 2015

31. Oktober / 1. November 2015

Das Jahr neigt sich dem Ende zu – und es wird Zeit für das zweite Frauenseminar 2015. Veranstaltet wird das Seminar vom RSB Oberhausen. Es beginnt am Samstag um 17:30 Uhr und endet am Sonntag um 17:00 Uhr.

Das Programm:

Samstag, 31.10.2015

Beginn: 17:30 Uhr

1. Vorstellungsrunde

Vorstellungsrunde, Erwartungen an das Seminar.

2. Was gerade ansteht

Austausch über Themen, die nicht auf der Tagesordnung des Seminars stehen, Aktuelles.

Ende: ca. 19:00

Danach gemeinsames Abendessen, informeller Teil.

Sonntag, 01.11.2015

Beginn: 9:30

TOP 1: Internationales Frauenseminar der IV. Internationale in Amsterdam, Juli 2015

a) Frauenunterdrückung

Ursprung und Wesen der Frauenunterdrückung sowie die Wechselbeziehungen zwischen Ausbeutung, Frauenunterdrückung und Rassismus.

b) Selbstorganisierung von Frauen

Bei dem Frauenseminar in Amsterdam waren Frauen aus mehr als zehn Ländern anwesend: aus Europa, Asien, Nord- und Südamerika.

- Welche Themen sind aus der (feministischen) Sicht der Teilnehmerinnen in den verschiedenen Ländern die Wichtigsten?
- Wie kämpfen Frauen anderswo für ihre Interessen?
- Welche Werkzeuge haben sie entwickelt, um die Position von Frauen in ihrer eigenen Organisation zu stärken?

TOP 2: Care Revolution – Sorgearbeit neu gestalten

a) Sorgearbeit in der Krise?

- Was verstehen wir unter Sorgearbeit / Care?
- Wer macht heute diese Arbeit – und unter welchen Bedingungen?

b) Das Projekt „Wer putzt den Pott“

Die Arbeit der Reinigungskräfte und ihr Kampf um Anerkennung

c) Streik im Sozial- und Erziehungsdienst

Ein Arbeitskampf ohne Druckmittel?

d) Das Netzwerk Care Revolution

Eine Möglichkeit für gemeinsame Theorie und Praxis?

Feedback-Runde und Ausklang des Seminars: 16:00 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Infos und Anmeldung:

RSB Oberhausen

Email: info@rsb4-oberhausen.de

Ein Seminarbeitrag wird nicht erhoben, wir bitten lediglich um eine Kostenbeteiligung für die Mahlzeiten.

RSB/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

RSB Oberhausen

Postfach 10 01 25

D-46001 Oberhausen

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46

Email: info@rsb4-oberhausen.de



TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Donnerstag, 08.10.15 bis Samstag, 10.10.15, „Wer putzt den Pott?“, BERO-Zentrum (siehe Avanti O. Nr. 13)
- Samstag, 10.10.15, Fahrt zur Großdemonstration gegen TTIP und CETA nach Berlin
- Donnerstag, 29.10.15, 12:00 Uhr, AKUWILL, im Gewerkschaftshaus
- Samstag / Sonntag, 31.10. und 01.11.15, Frauenseminar des RSB Oberhausen (Ort bitte erfragen)